

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 11 | 15.03.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 75/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten über die Festsetzung von Hundertsätzen für die Bemessung von **Kaufkraftausgleichszulagen** für im **Ausland** verwendete **Beamte** und Vertragsbedienstete des Bundes

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 2024/791 v 08.03.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/791 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Februar 2024 zur **Änderung** der **Verordnung (EU) Nr 600/2014** in Bezug auf die Erhöhung der Datentransparenz, die Beseitigung von Hindernissen für die Entstehung konsolidierter Datenticker, die Optimierung der Handlungspflichten und das Verbot der Annahme von Rückvergütungen für die Weiterleitung von Wertpapieraufträgen

[ABI L 2024/790 v 08.03.2024](#)

Richtlinie (EU) 2024/790 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Februar 2024 zur **Änderung** der **Richtlinie 2014/65/EU** über **Märkte für Finanzinstrumente**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

26.02.2024, [E 2226/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; keine Überprüfung ob dem Bf ein Weg in der Stadt Idlib, mithin in seine Herkunftsregion, offensteht, auf dem er nicht Gefahr läuft, einer Verfolgung ausgesetzt zu sein

26.02.2024, [E 2282/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; keine Auseinandersetzung mit den aktuellsten Länderinformationen; keine nachvollziehbare Begründung, dass die Bf den Schutz des UN-RWA freiwillig aufgegeben hat und diesen Schutz auch im Falle der Rückkehr wieder in Anspruch nehmen kann

26.02.2024, [E 2592/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; unterlassene Ermittlungen in entscheidenden Punkten; keine Ausführungen, ob es dem Bf tatsächlich auch finanziell möglich war, sich vom Wehrdienst der syrischen Armee „freizukaufen“

26.02.2024, [E 2721/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; mangelnde schlüssige Begründung, warum keine asylrelevante Verfolgung vorliegt; keine Auseinandersetzung mit der individuellen Situation des minderjährigen Bf und der vorgebrachten Gefahr einer drohenden Einziehung zum Militärdienst

26.02.2024, [E 3481/2023](#)

SicherheitspolizeiG; Verletzung im Recht auf **Gleichheit** aller Staatsbürger durch Ausüben von Willkür; aus der Entscheidung des LVwG Vbg ergibt sich nicht, dass der **Mundhöhlenabstrich** den Voraussetzungen des **§ 67 SicherheitspolizeiG** entsprochen hat

26.02.2024, [E 3857/2023](#)

VwVG; Verletzung im Recht auf **Gleichheit** aller Staatsbürger durch Ausüben von Willkür; Vorliegen einer derart langen Zeitspanne zwischen mündlicher Verkündung und schriftlicher Ausfertigung der Entscheidung; Widerspruch zur Pflicht zu einer möglichst **zeitnahen schriftlichen Ausfertigung** und somit den rechtsstaatlichen Anforderungen an der Begründung

26.02.2024, [E 3982/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; grobes Verkennen der Rechtslage; Unterlassen jeglicher Auseinandersetzung mit der entscheidungswesentlichen Frage, welche Sanktionen dem Bf für welches Verhalten auf Grund welcher Straftatbestände bei einer Rückkehr in die Türkei drohen

27.02.2024, [E 1123/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; unterlassene Ermittlungen in entscheidenden Punkten; keine Auseinandersetzung mit den jüngsten Entwicklungen im Iran hinsichtlich Protestbewegungen, die vor allem auch einschlägige Bekleidungs Vorschriften für Frauen thematisieren

27.02.2024, [E 3802/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; grobes Verkennen der Rechtslage; Unterlassen jeglicher Auseinandersetzung mit der entscheidungswesentlichen Frage, welche Sanktionen dem Bf für welches Verhalten auf Grund welcher Straftatbestände bei einer Rückkehr in die Türkei drohen

27.02.2024, [E 3937/2023](#)

AusländerbeschäftigungsG; Verletzung im Recht auf ein **Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** mangels eindeutiger und nachvollziehbarer **Zuweisung eines Geschäftsfalls** an einen bestimmten Richter bei gleichzeitigem Einlangen mehrerer Geschäftsfälle beim LVwG Vorarlberg; keine Möglichkeit einer Reihung und Zuweisung mehrerer – am gleichen Tag einlangender – Geschäftsfälle iSd in der Geschäftsverteilung festgelegten Zuteilung mangels Dokumentation der Uhrzeit des Einlangens

28.02.2024, [V 362/2023](#)

GewerbeO; Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz durch eine Bestimmung der GastgewerbeVO betreffend die Qualifikation zur **Führung** eines **Gastgewerbes**; keine Sicherstellung des (für alle anderen Fälle geforderten) fachlichen und kaufmännischen **Ausbildungsstandards** durch einen – für das Gastgewerbe nicht facheinschlägigen – **Abschluss** eines **Universitätsstudiums** oder Master-Universitätslehrgangs

28.02.2024, [G 2423/2023](#)

B-VG; Gesetzwidrigkeit einer Bestimmung des Bgld LVwGG betreffend den Beginn der **Frist** zur Erhebung einer **Rev** an den VwGH; keine Ermächtigung des Landesgesetzgebers zur Regelung des fristauslösenden Ereignisses zur Erhebung einer Rev

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

20.12.2023, [Ko 2023/03/0002](#)

B-VG; der VwGH hatte die Voraussetzungen für die Entscheidung über einen **negativen Kompetenzkonflikt** zu prüfen; unstrittig hatte das BVwG seine Zuständigkeit abgelehnt; der Einstellungsbeschluss des LVwG kommt nach der Rsp des VwGH nach der Weiterleitung an das BVwG einer förmlichen Ablehnung seiner Zuständigkeit gleich; die **Enteignung** für den Bau einer **Hochleistungseisenbahnstrecke** zählt zum Kompetenztatbestand „Verkehrswesen bezüglich der Eisenbahnen“ nach Art 10 Abs 1 Z 9 B-VG; zwar handelt es sich beim „Verkehrswesen bezüglich der Eisenbahnen“ nach Art 102 Abs 2 leg cit um eine Angelegenheit, die unmittelbar von Bundesbehörden besorgt werden könnte; gem Art 102 Abs 3 leg cit kann die Vollziehung einzelner Bereiche jedoch dem Landeshauptmann übertragen werden, was hier der Fall war; die Erlassung der Enteignungsbescheide durch die Landeshauptfrau erfolgte somit in mittelbarer Bundesverwaltung, weshalb das LVwG zuständig ist

01.02.2024, [Ro 2021/04/0021](#)

GewO; ein **gewerberechtlicher Geschäftsführer** ist als solcher nicht als eine dem Leitungsorgan einer Gesellschaft zuzurechnende Person im Sinne des § 137b Abs 1 zweiter Satz GewO anzusehen; § 137b Abs 1 leg cit bestimmt, dass alle jene Personen des Leitungsorgans die dort genannten Anforderungen zu erfüllen haben, die für die **Versicherungsvermittlung** maßgeblich verantwortlich sind; § 137b Abs 1 leg cit verlangt somit nicht, dass in jedem Fall alle dem Leitungsorgan angehörige Personen die in dieser Bestimmung geforderte fachliche Eignung erfüllen müssen; es steht dem kollegialen Leitungsorgan im Hinblick auf die beruflichen Anforderungen gem § 137b Abs 1 leg cit nämlich grundsätzlich frei, die Verantwortung für die Versicherungsvermittlung im Rahmen einer internen Geschäftsverteilung bzw Ressortaufteilung einem oder mehreren Organwalter(n) zuzuweisen

01.02.2024, [Ro 2021/04/0016](#)

DSGVO; zwar weist die Rw dem Grunde nach zutreffend darauf hin, dass die **Verarbeitung personenbezogener Daten** zum Zweck der Direktwerbung als eine einem berechtigten Interesse des Verantwortlichen dienende Verarbeitung angesehen werden kann; allerdings ist eine unbedingte **Erforderlichkeit** der Verarbeitung personenbezogener Daten zur Bekanntgabe eines Kaufinteresses an einer Liegenschaft und damit zur Verwirklichung des von der Rw wahrgenommenen Interesses in einem Fall wie dem vorliegenden, in dem der betroffenen Person, deren Daten verarbeitet wurden, kein Eigentum an dieser Liegenschaft und keine Verfügungsberechtigung zukommt, für den VwGH nicht ersichtlich

01.02.2024, [Ro 2021/04/0006](#)

DSGVO; die parlamentarische Kontrolltätigkeit des **BVT-Untersuchungsausschusses** an sich stellt weder eine Tätigkeit dar, die unmittelbar der Wahrung der nationalen Sicherheit im Sinne des 16. Erwägungsgrundes der DSGVO dient, noch eine Tätigkeit, die derselben Kategorie zugeordnet ist; dementsprechend ist sie nicht gem Art 2 Abs 2 lit a DSGVO vom **Anwendungsbereich** dieser Verordnung ausgenommen; ausgehend von der Rsp des EuGH ergibt sich vorliegend die **Zuständigkeit** der **Datenschutzbehörde** als einzige nach Art 51 Abs 1 leg cit eingerichtete Aufsichtsbehörde für die Behandlung und Entscheidung über die gegen die Veröffentlichung des Protokolls der Vernehmung des Mitbeteiligten vor dem BVT-Untersuchungsausschuss gerichteten Beschwerde unmittelbar aus Art 77 Abs 1 und Art 55 Abs 1 leg cit

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 31.01.2024, [LVwG-050294](#)

TierschutzG; der Verfall nach § 37 Abs 3 TierschutzG tritt ex lege und damit ohne Erlassung eines **Rechtsgestaltungsbescheids** ein; bestehen über den Eintritt des Verfalls Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Betroffenen (Tierhalter, Eigentümer) und der Behörde, kann dies im Wege eines **Feststellungsverfahrens** auf Antrag des Betroffenen oder von Amts wegen geklärt werden

LVwG Nö 09.02.2024, [LVwG-S-2171/001-2023](#)

TierschutzG; durch die festgestellte **Verletzung** wurden dem Schwein zweifelsfrei Schmerzen, Leiden und Schäden zugefügt, die für einen Halter zumindest mehrere Tage bis zum Tod des Tieres hätten erkennbar sein müssen; der Bf hat die **Betreuung** des von ihm gehaltenen Schweins **vernachlässigt**; eine **Präzisierung** der **Strafnorm** ist nach § 50 VwGVG durch das Gericht zulässig; der Tatzeitraum war entsprechend dem Ergebnis des Ermittlungsverfahrens nach § 44a Z 1 VStG zu präzisieren; es erfolgte dadurch keine unzulässige Ausdehnung

LVwG Wien 21.02.2024, [VGW-102/100/13031/2023](#); [VGW-102/100/13032/2023](#)

SicherheitspolizeiG; auf § 162 Abs 1 S 2 ABGB kann eine **zwangsweise Anhaltung und Zurückbringung** eines **Kinds** durch Organe des öffentlichen Sicherheitsdiensts gestützt werden; die Behörden und Organe des öffentlichen Sicherheitsdiensts können auf Ersuchen eines berechtigten Elternteils erforderlichenfalls ein Kind auch gegen dessen Willen unter Anwendung von Zwang dem berechtigten Elternteil zurückbringen; § 162 Abs 1 leg cit ermächtigt daher auch zu Eingriffen in die persönliche Freiheit des Kinds

LVwG Tir 22.02.2024, [LVwG-2023/14/2673-3](#); [LVwG-2023/14/2674-3](#)

EpidemieG; nach dem ausdrücklichen Wortlaut des § 31 Abs 3 VStG beginnt die **Vollstreckungsverjährungsfrist** mit der rechtskräftigen Verhängung der Strafe; somit kommt es auf den tatsächlichen Zeitpunkt der Uneinbringlichkeit bzw die Kenntnis der belangten Behörde davon nicht an

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[14.03.2024, Rs C-46/23, Újpesti Polgármesteri Hivatal](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz natürlicher Personen** bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 58 Abs 2 Buchst d und g – **Befugnisse** der **Aufsichtsbehörde** eines Mitgliedstaats – Art 17 Abs 1 – **Recht auf Löschung** („Recht auf Vergessenwerden“) – Löschung personenbezogener Daten, die unrechtmäßig verarbeitet wurden – Befugnis der nationalen Aufsichtsbehörde, den Verantwortlichen oder den Auftragsverarbeiter ohne vorherigen Antrag der betroffenen Person zur Löschung dieser Daten anzuweisen

[14.03.2024, Rs C-752/22, EP \(Éloignement d'un résident de longue durée\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Einwanderungspolitik** – Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen – **Richtlinie 2003/109/EG** – Art 12 und 22 – **Verstärkter Ausweisungsschutz** – Anwendbarkeit – Drittstaatsangehöriger, der sich im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats als desjenigen aufhält, der ihm die Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten zuerkannt hat – **Ausweisung** aus **Gründen** der **öffentlichen Ordnung** und der **öffentlichen Sicherheit** durch den anderen Mitgliedstaat in den Mitgliedstaat, der ihm diesen Status zuerkannt hat – Von diesem anderen Mitgliedstaat verhängtes vorübergehendes Einreiseverbot in das Hoheitsgebiet – Verstoß gegen die Verpflichtung, bei diesem anderen Mitgliedstaat einen Aufenthaltstitel nach Kapitel III der Richtlinie 2003/109 zu beantragen – Von letzterem Mitgliedstaat aus den gleichen Gründen verfügte Ausweisung dieses Drittstaatsangehörigen in sein Herkunftsland

[14.03.2024, Rs C-576/22, Kommission/ Spanien \(Directive 91/676\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Richtlinie 91/676/EWG** – Art 3 Abs 4 – Art 5 Abs 4 – Anhang II Punkt A Nrn 2 und 5 – Anhang II Punkt B Nr 9 – Anhang III Abs 1 Nrn 2 und 3 und Abs 2 – Art 5 Abs 5 – **Schutz der Gewässer vor Verunreinigung** durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen – Überprüfung des Verzeichnisses der durch Nitrat gefährdeten Gebiete – In den Aktionsprogrammen vorgesehene, verbindlich vorgeschriebene Maßnahmen – Zusätzliche Maßnahmen oder verstärkte Aktionen

[14.03.2024, Rs C-536/22, VR Bank Ravensburg-Weingarten](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 2014/17/EU – Art 25 Abs 3 – **Wohnimmobilienkreditverträge** für Verbraucher – **Vorzeitige Rückzahlung** – Entschädigung des Kreditgebers – Entgangener Gewinn des Kreditgebers – Methode zur Berechnung des entgangenen Gewinns

[14.03.2024, Rs C-516/22, Kommission/ Vereinigtes Königreich \(Arrêt de la Cour suprême\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Versäumnisverfahren** – **Abkommen** über den **Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland** aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft – Art 127 Abs 1 – Übergangszeit – Zuständigkeit des Gerichtshofs – Urteil des Supreme Court of the United Kingdom (Oberster Gerichtshof des Vereinigten Königreichs) – **Vollstreckung** eines Schiedsspruchs, mit dem die Zahlung von Schadensersatz zugesprochen wird – Beschluss der Europäischen Kommission, mit dem festgestellt wird, dass diese Zahlung eine mit dem Binnenmarkt unvereinbare staatliche Beihilfe darstellt – Art 4 Abs 3 EUV – **Loyale Zusammenarbeit** – Pflicht zur Aussetzung des Verfahrens – Art 351 Abs 1 AEUV – Zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten vor dem Zeitpunkt ihres Beitritts zur Union geschlossene internationale Übereinkunft – Übereinkommen zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten (ICSID) – **Anwendung des Unionsrechts** – Art 267 AEUV – In letzter Instanz entscheidendes nationales Gericht – Verpflichtung, den Gerichtshof um Vorabentscheidung zu ersuchen – Art 108 Abs 3 AEUV – **Aussetzung der Durchführung der Beihilfe**

[14.03.2024, Rs C-457/22, Kommission/ Slowenien \(Code des communications électroniques européen\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 258 AEUV – **Richtlinie (EU) 2018/1972 – Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation** – **Nichtumsetzung** und **unterbliebene Mitteilung** der **Umsetzungsmaßnahmen** – Art 260 Abs 3 AEUV – Antrag auf Verurteilung zur Zahlung eines Pauschalbetrags und eines Zwangsgelds – Kriterien für die Festsetzung der Höhe der Sanktion – Teilweise Antragsrücknahme

[14.03.2024, Rs C-454/22, Kommission/ Lettland \(Code des communications électroniques européen\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 258 AEUV – **Richtlinie (EU) 2018/1972 – Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation** – **Unterbliebene Umsetzung** und **unterbliebene Mitteilung** der **Umsetzungsmaßnahmen** – Art 260 Abs 3 AEUV – Antrag auf Verurteilung zur Zahlung eines Pauschalbetrags und eines Zwangsgelds – Kriterien für die Festsetzung der Höhe der Sanktion

[14.03.2024, Rs C-452/22, Kommission/ Polen \(Code des communications électroniques européen\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 258 AEUV – **Richtlinie (EU) 2018/1972 – Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation** – **Unterbliebene Umsetzung** und **unterbliebene Mitteilung** der **Umsetzungsmaßnahmen** – Art 260 Abs 3 AEUV – Antrag auf Verurteilung zur Zahlung eines Pauschalbetrags und eines Zwangsgelds – Kriterien für die Festsetzung der Höhe der Sanktion

[14.03.2024, Rs C-449/22, Kommission/ Portugal \(Code des communications électroniques européen\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 258 AEUV – **Richtlinie (EU) 2018/1972 – Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation** – **Unterbliebene Umsetzung** und **unterbliebene Mitteilung** der **Umsetzungsmaßnahmen** – Art 260 Abs 3 AEUV – Antrag auf Verurteilung zur Zahlung eines Pauschalbetrags und eines Zwangsgelds – Kriterien für die Festsetzung der Höhe der Sanktion – Teilweise Rücknahme der Klage

[14.03.2024, Rs C-439/22, Kommission/ Irland \(Code des communications électroniques européen\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 258 AEUV – **Richtlinie (EU) 2018/1972 – Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation** – **Unterbliebene Umsetzung** und **unterbliebene Mitteilung** der **Umsetzungsmaßnahmen** – Art 260

Abs 3 AEUV – Antrag auf Verurteilung zur Zahlung eines Pauschalbetrags und eines Zwangsgelds – Kriterien für die Festsetzung der Höhe der Sanktion

[14.03.2024, Rs C-336/22, f6 Cigarettenfabrik](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht** – Allgemeines Verbrauchsteuersystem – **Richtlinie 2008/118/EG** – Art 1 Abs 2 – **Andere indirekte Steuern auf verbrauchsteuerpflichtige Waren** – Voraussetzungen für die Erhebung – Mit der Steuer verfolgter besonderer Zweck – **Verbrauchssteuern auf Tabakwaren** – **Richtlinie 2011/64/EU** – Art 14 – Besteuerungsvorschriften – Einhaltung dieser Vorschriften durch die anderen indirekten Steuern auf verbrauchsteuerpflichtige Waren – Erhitzter Tabak – Nationale Regelung, die für diesen Tabak eine andere Steuerstruktur und einen anderen Steuersatz vorsieht als für die Kategorie ‚anderer Rauchtobak‘

[14.03.2024, Rs C-291/22 P, D & A Pharma/ Kommission und EMA](#)

Rechtsmittel – **Humanarzneimittel** – Antrag auf **Genehmigung** für das **Inverkehrbringen** – **Unabhängigkeit** der vom Ausschuss für Humanarzneimittel (CHMP) der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) **konsultierten Sachverständigen** – Art 41 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Recht auf eine gute Verwaltung** – Erfordernis der objektiven Unparteilichkeit – Kriterien zur Prüfung des Fehlens von Interessenkonflikten – Politik der EMA in Bezug auf konkurrierende Interessen – Tätigkeiten als leitender Forscher, Berater oder Strategieberater für die pharmazeutische Industrie– Konkurrierende Produkte – Prüfungsverfahren – **Verordnung (EG) Nr 726/2004** – Art 56, 62 und 63 – **Leitlinien der EMA** – Konsultation einer wissenschaftlichen Beratergruppe (WBG) oder einer Ad-hoc-Sachverständigengruppe

B. SCHLUSSANTRÄGE

[14.03.2024, Rs C-86/23, HUK-COBURG-Allgemeine Versicherung II \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen** – Auf **außervertragliche Schuldverhältnisse** anzuwendendes Recht – **Verordnung (EG) Nr 864/2007** – Eingriffsnormen – Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung – Verkehrsunfall – Den Familienangehörigen des Verstorbenen zustehende Schadensersatzansprüche – Billigkeitsgrundsatz beim Ersatz des immateriellen Schadens – Beurteilungskriterien

[14.03.2024, Rs C-16/23, FA RO di YK & C \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Dienstleistungen im Binnenmarkt** – **Richtlinie 2006/123/EG** – Verkauf von Tabakerzeugnissen – **Dienstleistungsmonopole** – **Genehmigungsregelung** – Anforderungen an die Niederlassung von Dienstleistungserbringern – Nationale Regelung, die die Genehmigung von Verkaufsstellen für Monopolwaren beschränkt – Kriterien der Entfernung und der Bevölkerungsdichte – Schutz der öffentlichen Gesundheit vor der Nikotinsucht

[14.03.2024, verb Rs C-639/22 bis C-644/22, Inspecteur van de Belastingdienst Utrecht \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Mehrwertsteuerrichtlinie** – Befreiungen – Verwaltung von Anlagevermögen – Begriff – Vergleichbarkeit mit einem OGAW – Rentenfonds – Investitionsrisiko der Anleger

C. GERICHT

[13.03.2024, Rs T-243/23, Quality First/ EUIPO \(MORE-BIOTIC\)](#)

Unionsmarke – **Anmeldung der Unionswortmarke MORE-BIOTIC** – **Absolutes Eintragungshindernis** – Fehlende Unterscheidungskraft – Art 7 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EU) 2017/1001 – Gleichbehandlung

[13.03.2024, Rs T-117/23, Kantstraße Paris Bar/ EUIPO - Superstudio21 \(Bar Paris\)](#)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – **Anmeldung der Unionsbildmarke Bar Paris** – Ältere Unionsbildmarke Paris Bar – **Relatives Eintragungshindernis** – Keine Verwechslungsgefahr – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EU) 2017/1001

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

07.03.2024, Beschwerde Nr [9525/19](#), *Vagdalt/Ungarn*

Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Unmöglichkeit des Bf, die vom Ehemann der Mutter abgegebene Erklärung über die Vaterschaft zu seinem leiblichen Kind anzufechten und seine eigene Vaterschaft festzustellen; Durchführung eines **Vaterschaftsverfahrens** diene dem Wohl des Kinds; die Behandlung des Falls durch die Behörden stellte nicht sicher, dass seine Rechte und Interessen gebührend berücksichtigt wurden; die zivilrechtliche Klage wurde für verjährt erklärt, weil der staatlich bestellte Vormund es versäumt hatte, rechtzeitig die erforderlichen rechtlichen Schritte einzuleiten, wodurch dem Bf die Möglichkeit genommen wurde, eine rechtliche Beziehung zu seinem Kind herzustellen; die Verzögerungen im Verfahren haben letztlich jede Aussicht auf einen erfolgreichen Abschluss zunichte gemacht

12.03.2024, Beschwerde Nr [18382/15](#), *Kanalti/Türkei*

Verletzung von Art 9 EMRK (Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit); Verurteilung des Bf, der sich als **Kriegsdienstverweigerer** aus Gewissensgründen als **Pazifist** bezeichnet, wegen seiner Weigerung, im Rahmen seiner Wehrpflicht Reservendienst zu leisten; Pazifismus kann als eine durch Art 9 geschützte Überzeugung angesehen werden; Verweigerung, die durch Überzeugungen begründet ist, die einen ausreichenden Grad an Stärke erreichen, Fehlen eines Vermittlungsdiensts und eines zugänglichen und effektiven Verfahrens zum Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen im innerstaatlichen Recht; kein angemessenes Gleichgewicht zwischen den Interessen der Gesellschaft als Ganzes und denen der Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.